

Rede zum Haushaltsplan 2025 der Stadt Wangen

Gemeinderatssitzung am 3. Februar 2025

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Lang,
sehr geehrte Frau Winder, sehr geehrte Frau Eisele
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren

2024 war ein Jahr für die Geschichtsbücher der Stadt Wangen.

Wangen und damit meine ich die Bürgerschaft, die beteiligten Vereinen, die gewählten Gremien, die Stadtverwaltung mit OB Lang, die LGS GmbH mit ihren Beschäftigten und die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer haben die Jahrhundertchance Landesgartenschau nachhaltig genutzt und zu einem Jahrhundertereignis gemacht!

Dürfen wir uns alle nun zurücklehnen und uns auf dem Erfolg ausruhen? Nein sicher nicht, obwohl wir natürlich gemeinsam dankbar und stolz sein dürfen, was in den 14 Jahren seit 2010 geschaffen wurde und mit dem längsten Sommerfest im Allgäu durften wir all das bei vielen Gelegenheiten feiern.

Heute haben wir den 3. Februar 2025, fast 4 Monate nach dem rauschenden Fest am Schluss-tag der Gartenschau. Wie soll es also weitergehen, wie wollen wir die öffentlichen Gebäude und Freiflächen im Bereich Erba und auf der Argenwiese künftig nutzen, von was müssen wir uns trennen? Was wird aus den Grünanlagen, was können wir uns für die Pflege personell und finanziell mittelfristig leisten? Wo und wie werden die Ergebnisse des Jugendbeteiligungsprojektes NextgenErba umgesetzt? Wo und für was bietet sich eine Unterstützung durch die vielen Ehrenamtlichen an?

Die Entwicklung der Stadt und ihren sechs Ortschaften geht weiter, andere Bedarfe werden, ja müssen nun in den Vordergrund rücken. Wir Freien Wähler sehen das Jahr 2025 daher als ein Jahr der Konsolidierung, der Bilanzierung und der Priorisierung künftiger Infrastrukturentwicklung in der Stadt und den Ortschaften. Nach der Zäsur 2024 gilt es, die strategische Ausrichtung für die kommenden 10 bis 15 Jahre zu entwickeln. Der Klausurtag des GR im vergangenen Herbst war hierfür ein guter Anfang. Allein die Pflichtaufgaben im Bereich der Kindergärten und der Schulen werden uns viel abverlangen, aber es wird auch darum gehen, Straßen

instandzuhalten, öffentliche Gebäude zu sanieren, weitere Möglichkeiten für den privaten Wohnungsbau sowie für die Gewerbeentwicklung zu schaffen, Maßnahmen für den Natur- und Umweltschutz umzusetzen. Auch die Unterbringung von Geflüchteten wird uns weiterhin fordern. Die Liste ließe sich fast beliebig fortsetzen.

Ein Blick in die Zahlen:

Der heute zur Abstimmung stehende HH-Plan für 2025 weist im Ergebnishaushalt ordentliche Erträge von ca. 96,5 Mio € und ordentliche Aufwendungen von knapp 98 Mio € aus, daraus resultiert ein Minus von knapp 1,5 Mio €. Ähnliche Mindererträge werden nach der mittelfristigen Planung für die Jahre 2026 bis 2028 erwartet. Der Zahlungsmittelüberschuss im Ergebnishaushalt beträgt jedoch ca. 4 Mio € als Einzahlung in den Gesamtfinanzhaushalt. Unter Berücksichtigung der Investitionszuschüsse von ca. 6,3 Mio € und den vorgesehenen Investitionsausgaben von ca. 18,2 Mio € ergibt sich ein nicht gedeckter Finanzierungsmittelbedarf von ca. 8 Mio € bzw. unter Berücksichtigung der notwendigen Kredittilgungen in Höhe von 1,6 Mio € resultiert eine geplante Kreditaufnahme auf 9,6 Mio €. Der Schuldenstand der Stadt wird voraussichtlich also auch 2025 nochmals ansteigen.

Nach den aktuellsten Zahlen wird der Schuldenstand im Kernhaushalt, d.h. ohne die Eigenbetriebe Ende 2024 knapp unter 25 Mio € liegen. Mit Einsparungen im vorgelegten HH-Plan sollte es unser Ziel sein, die 30 Mio € Schuldenobergrenze 2025 einzuhalten.

Es ist zwar richtig, dass den Kreditverbindlichkeiten erhebliche Investitionen gerade auch im Bereich der Schulen und Kindergärten gegenüber stehen, aber die Erwirtschaftung der Zinslast und der Tilgungsraten wird die künftigen Haushalte über viele Jahre belasten. Insofern werden die Freien Wähler die weitere Entwicklung der Stadtfinanzen auch künftig kritisch begleiten, zumal wir derzeit noch nicht absehen können, wie sich die Auflösung der LGS GmbH auf die kommenden Haushalte auswirken wird. Auch liegt uns der Wirtschaftsplan der Stadtwerke für 2025 noch nicht vor. Die 2024 unterjährig zur Deckung von Verbindlichkeiten notwendige Finanzspritze in Höhe von 2 Mio € an die Stadtwerke, ist für uns ein weiterer Grund zur Zurückhaltung.

Haben wir nun ein Ausgaben- oder ein Einnahmenproblem?

Bei den Einnahmen sind wir vor allem von der gesamtwirtschaftlichen Situation abhängig. Trotz eines bundesweit quasi Nullwachstums war im vergangenen Jahr bei der Gewerbesteuer mit gut 24 Mio € ein Rekordergebnis zu verzeichnen, ebenso beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer mit gut 19 Mio €. Die Schlüsselzuweisungen vom Land werden 2025 etwa 29,5 Mio € und damit 1 Mio mehr als im Vorjahr betragen. Die Grundsteuereinnahmen bleiben

2025 mit ca. 5,5 Mio € auf dem Niveau des Vorjahres. Der Gewerbesteueransatz liegt mit gut 21 Mio ca. 3 Mio unter dem voraussichtlichen Ergebnis für 2024.

Steuern können wir vor allem die Gewerbesteuer- und die Grundsteuereinnahmen über die Festlegung der Hebesätze, wobei in gesamtwirtschaftlich schwierigen Zeiten insbesondere eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes schwierig zu argumentieren ist. Für 2025 hat die Verwaltung davon abgesehen, das ist in unserem Sinne, ebenso wie die Entscheidung, die Grundsteuerreform für die Stadt aufkommensneutral zu gestalten. Aufgrund der Änderung der Besteuerungsgrundsätze sind viele Bürgerinnen und Bürger auch so von einer massiven Erhöhung der Grundsteuer B betroffen. Hier gilt es weiterhin zurückhaltend zu sein.

Verbleiben also noch in der Summe kleine Steuern wie die Vergnügungssteuer, die Hundesteuer und die Zweitwohnungssteuer. Nachdenken sollten wir über die Einführung einer Verpackungssteuer. Die Stadt Tübingen hat es vorgemacht, andere Städte, bspw. Ulm denken darüber nach.

Um den kommunalen HH zu verbessern, müssen wir daher vor allem auf die Ausgaben schauen. Hier fällt zunächst die signifikante Erhöhung der Personalkosten um ca. 4,5 Mio € in zwei Jahren bzw. ca. 8 Mio € seit 2021 auf. Im HH-Plan für das Jahr 2023 wurden die Personalkosten für 2025 noch mit 26,2 Mio € prognostiziert, tatsächlich werden jetzt für dieses Jahr gut 29 Mio € angenommen. Insbesondere hohe Tarifabschlüsse und Stellenmehrungen sind die Ursachen dieser Entwicklung. Insofern standen und stehen wir Freien Wähler den von der Verwaltung ursprünglich vorgeschlagenen Stellenmehrungen sehr zurückhaltend gegenüber. Für die Pflege des LGS-Geländes hoffen wir auch auf die Beteiligung von Ehrenamtlichen und plädieren zumindest für 2025 nur 3 der vorgeschlagenen 5 neuen Stellen beim Bauhof zu besetzen. Eine der beiden vorgeschlagenen Stellen zur Koordination des Ehrenamtes möchten wir gerne mit dem heutigen Haushaltsbeschluss freigeben, die zweite soll ebenso wie die beiden weiteren Bauhofstellen einen Sperrvermerk erhalten. Erst nach Vorliegen von Erfahrungen aus dem ersten Nachgartenschaujahr kann u.E. über die Freigabe dieser Stellen entschieden werden. Der 50%-Stelle IT-Schule stimmen wir ebenso zu wie der 100%-Stelle IT-Verwaltung. Zu letzterer waren wir Freien Wähler bislang eher zurückhaltend. Wir beantragen daher bereits jetzt, regelmäßige (bspw. jährliche) Sachstandsberichte zu den Ergebnissen zu erhalten. Durch die Digitalisierung der Verwaltung sollte eine messbare Effizienzsteigerung erreicht werden, was sich auch in Stelleneinsparungen niederschlagen sollte. Einen Sperrvermerk erhalten soll auch die vorgeschlagene zusätzliche 100% Hausmeisterstelle. Die Stellenmehrungen im Bereich der Kindergärten tragen wir insgesamt mit.

Die Gesamtaufwendungen für Sach- und Dienstleistungen belaufen sich auf gut 18 Mio €. Insbesondere bei diesem Kostenblock könnte sich eine genauere Überprüfung lohnen. Keinen Einfluss haben wir auf die Transferleistungen, immerhin hat der Kreistag in seiner letzten Sitzung beschlossen, die Kreisumlage für 2025 und 2026 auf 31% anstatt wie ursprünglich beabsichtigt auf 32% zu erhöhen. Für beide Jahre zusammen bedeutet das eine Einsparung für den städtischen Haushalt von fast 1 Mio €. Die Abschreibungen sind durch die vielen Investitionen der vergangenen Jahre auf über 10 Mio € gestiegen.

Die mit dem alternativen und ergänzten Vorschlag zum heutigen HH-Beschluss von der Verwaltung vorgeschlagenen Einsparungen und sonstigen Maßnahmen unterstützen wir ausdrücklich. Bescheidenheit an der einen oder anderen Stelle, auch was Beförderungen angeht, das Verschieben von Investitionen oder geringere Standards werden notwendig sein, um den HH auf der Ausgabenseite wesentlich zu entlasten. Eine kritische Betrachtung unseres Gebäudebestandes ist seit vielen Jahren eine Forderung der Freien Wähler. Mit dem Verkauf von Gebäuden werden nicht nur Verkaufserlöse erzielt, gleichzeitig werden auch Unterhaltskosten reduziert und es werden auch Spielräume für sinnvolle Neuanschaffungen geschaffen.

Die Maßnahmen zur Ausgabenreduzierung sind auch vor dem Hintergrund knapper Kassen bei Bund, Land und Landkreis notwendig. Veränderungen in der großen Politik werden sich auch auf die Kommunen auswirken. Sicher ist, dass der neue US-Präsident auf deutlich höhere Verteidigungsaufgaben der Nato-Staaten bestehen wird. Die Kriege in der Ukraine und im Gazastreifen, die unberechenbare russische Außenpolitik sind nur drei Beispiele der derzeit fragilen geopolitischen Situation. In Deutschland und vielen anderen Ländern Europas sind Rechtspopulisten auf dem Vormarsch. Nun steht nach dem Auseinanderbrechen der Ampelkoalition im Bund am 23. Februar eine Bundestagswahl an. Auch wenn ein Wechsel im Kanzleramt erwartet werden kann, ist es u.a. nach den Debatten im Deutschen Bundestag in der vergangenen Woche nicht sicher, ob das Regieren künftig einfacher werden wird.

Die Wirtschaft erwartet Steuersenkungen und vor allem einen Abbau der Bürokratie. Weniger oder durch die Digitalisierung vereinfachte Bürokratie sollte mit einem Stellenabbau in den öffentlichen Verwaltungen einhergehen. Die Verwaltung unseres Gemeinwesens ist schlicht zu kompliziert und zu teuer geworden. Wir tun auf jeden Fall gut daran, uns auf das zu konzentrieren, was wir verändern können. Wie bereits gesagt, gilt es nun nach dem Gartenschaujahr manches auf den Prüfstand zu stellen.

Sind wir mit der Nahwärmeentwicklung auf dem richtigen Weg? Die Energiewende ist alternativlos, aber Energie muss auch bezahlbar bleiben, d.h. es soll nicht darum gehen, ob wir den

Wechsel zu den Erneuerbaren vornehmen, sondern wie wir das machen. Eine ökonomisch und ökologisch objektive Bewertung unseres Nahwärmekonzeptes durch ein unabhängiges Fachbüro halten wir für dringend erforderlich und bitten die Verwaltung, die hierzu erforderlichen Schritte einzuleiten. In Anbetracht der erheblich gestiegenen Kosten für das neue Heizkraftwerk ist diese Standortanalyse im Hinblick auf einen weiteren Ausbau des Nahwärmenetzes unverzichtbar.

Auch einen kritischen Blick auf die vielen kleinen Ausgaben durch eine HH-Strukturkommission halten wir für sinnvoll. Wir sind gerne bereit, an einer Streichliste mitzuarbeiten. Dies gilt auch hinsichtlich einer Reduzierung des Gebäudebestandes.

Zusammenfassend bedeutet das, dass wir einerseits die Gesamterträge mit Steuererhöhungen kurzfristig nicht wesentlich erhöhen können und andererseits ist auch das Einsparpotenzial bei den Aufwendungen eher gering.

Umso wichtiger ist es, den ansässigen Firmen Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten und neue Firmen anzusiedeln, um die Steuerkraft der Stadt zu erhöhen. Hierfür sind meist aber BBPläne erforderlich, so dass schnelle Verbesserungen nicht zu erwarten sind. Immerhin haben wir im vergangenen Jahr den Satzungsbeschluss für den BBPlan für das NTW-Gelände gefasst. Es wird jedoch noch Jahre dauern bis hier erste Gewerbesteuerzahlungen fällig werden. Bezüglich der vorgesehenen Ausweisung eines Gewerbegebietes an der A96 im Bereich Herfatz sind aufgrund des anstehenden Rechtsstreits erstmal auch keine schnellen Ergebnisse zu erwarten. Das Ikowa ist durch die Herausnahme aus dem Regionalplan noch ein Stück weiter in die Ferne gerückt, eine Realisierung ist fraglicher denn je.

Erfreulich sind die Erweiterungspläne der Fa. Geta in Niederwangen Richtung Lottenmühle, der GR hat in seiner letzten Sitzung den Weg für den nächsten Schritt im BBPlan-Verfahren frei gemacht. Auch in den anderen Ortschaften gibt es Möglichkeiten für mehr Gewerbe, aber auch hier sind BBPläne oder ggf. Außenbereichssatzungen notwendig. Firmen unterstützen das Ehrenamt und damit das gesellschaftliche Leben i.d.R. vor allem an ihrem Firmensitz. Es gilt in diesem Zusammenhang auch kleinere Potenziale zu nutzen, zumal sich die Ortschaften nicht weiter in Richtung reiner Wohnplätze entwickeln sollten. Ein echtes Hemmnis ist der sehr schleppende Ausbau des Glasfasernetzes in der Fläche, es gibt noch nicht mal einen konkreten Zeitplan dafür.

Die Durchführung der Landesgartenschau hat eindrücklich gezeigt, wie vielfältig die Bereitschaft für das Ehrenamt in der Stadt und den Ortschaften ist. Das Ehrenamt ist die tragende

Säule für Kultur und Sport. Hier sind wir gefordert, auch weiterhin die notwendigen Rahmenbedingungen zu gewährleisten, zumal viele Vereine mit ihren Angeboten außerordentlich wertvolle Kinder- und Jugendsozialarbeit leisten.

Gespannt warten wir auf den Beginn der Arbeiten zur B32-Bahnunterführung sowie auf die privaten Entwicklungen im Bereich des Kuttergeländes und des NTW-Gelände. Die notwendigen bauleitplanerischen Voraussetzungen hierfür sind erfüllt.

Zum Thema Schulen und Kindergärten:

Nach hohen Investitionen in mehrere Kindergärten und weiterführende Schulen befinden sich unsere Bildungseinrichtungen überwiegend in einem zeitgemäßen Zustand. Das schulische Angebot in Wangen ist breit aufgestellt, wir besitzen eine differenzierte Schullandschaft mit allen weiterführenden Schulen – und diese sind stark gefragt und genießen hohes Ansehen bei den Eltern.

In den kommenden Jahren werden vor allem Investitionen an unseren Grundschulen anstehen. Der von der Verwaltung hierzu entworfene Zeitplan zeigt die massiven Anforderungen und dass wir aus personellen und finanziellen Gründen nicht alles gleichzeitig angehen können. Es muss uns auch bewusst sein, dass die Einführung des verpflichtenden Ganztages an Grundschulen ab 2026 zusätzliche Angebote und eine adäquate personelle Ausstattung erfordern wird – beides führt zu Mehrkosten für die Schulträger.

Ein wichtiger Meilenstein für die Grundschulen wurde im vergangenen Jahr abgeschlossen: die Digitalisierung aller Schulen mit ihren Unterrichtsräumen. Mit Hilfe des Digitalpaktes und der umsichtigen Umsetzung durch das Bauamt und Herrn Ohlinger, wurden alle Grundschulen auf die Anforderungen des digitalen Lernens vorbereitet und sind mit Medien zur Visualisierung gut ausgestattet.

Die Planung für die dringend notwendige Aufstockung der Grundschule Ebnet ist im HH-Plan 2025 verankert. Diese Maßnahme wird Geduld und Verständnis bei den Beteiligten benötigen, ein Umbau im laufenden Schulbetrieb ist immer eine immense Herausforderung. Schaut man sich jedoch die derzeitige Situation mit der Unterbringung in mehreren, teils maroden Gebäuden an, so wird sich die Geduld am Ende auszahlen. Wir hoffen, dass die erforderlichen Planungsschritte in diesem Jahr durchgeführt werden können, so dass der Baubeginn 2026 erfolgen kann. Aber auch die anderen beiden städtischen Grundschulen sind knapp an ihren Kapazitätsgrenzen, an der Berger-Höhe Grundschule ist das Betreuungsangebot voll ausgebucht

und die Räumlichkeiten sind knapp, so wurden nun die ehemaligen Umkleiden des Hallenbades für den Aufenthalt hinzugenommen. Auch die Grundschule Praßberg hat u.a. durch das neue Baugebiet Haid-Wittwais eine hohe Auslastung und keine freien Räume..

Blicken wir in die Ortschaften: Ebenfalls in 2025 ist der Umbau eines Zimmers an der GS Schomburg eingeplant, hier zieht die Musikkapelle aus, dadurch kann die Schule ihrer Raumbedarf abdecken. Wir begrüßen, dass die GS Neuravensburg mit einem Erweiterungsbau ab 2026 vorgesehen ist. Durch die Verquickung der GS mit dem Kindergarten und ihrer Vorschulgruppe, den Schulzwerge, ist dort derzeit zu wenig Platz. Eine Klasse wird in der Schulmensa, eine weitere in der Aula unterrichtet. Es gibt keinen Versammlungsraum mehr, Lärm, Hektik und volle Gänge nehmen zu. Daher ist eine Erweiterung, die den Platzbedarf der Schule und der Schulzwerge abdeckt, unerlässlich.

Apropos Kindergarten: Der Umbau des Kindergartens Leupolz wird dieses Jahr angegangen und ist ein wichtiger Schritt für die Attraktivität der Ortschaft. Ein großer Gewinn wird der Bezug des neuen Kindergartens auf dem Erba Gelände sein. Die Kinder besuchen bisher den städtischen Kindergarten Ebnet, welcher in den alten Pavillons der Grundschule untergebracht ist. Dieser Wechsel ist ein Quantensprung für alle Beteiligten und in jeder Hinsicht.

Eine neue Herausforderung für die Kommune stellt die Übernahme von den drei bisher katholischen Kindergärten St. Franziskus, St. Michael und St. Verena dar. Neben der Verantwortung für die Gebäude, übernimmt die Stadt auch die Verantwortung für das Personal. Da die Stadt bisher schon in die Baumaßnahmen in den Gebäuden investierte, erwarten wir hier faire Gespräche mit der Kirchenverwaltung und die Übergabe zu einem symbolischen Preis.

Die zeitgemäße Ausstattung und ggf. Erweiterung unserer Bildungseinrichtungen ist eine Pflichtaufgabe der Kommune und wird von uns weiterhin unterstützt. Jedoch ist auch hier bei den Investitionen Augenmaß, eine klare Priorisierung sowie Transparenz bei Verschiebung oder Nichtberücksichtigung notwendig. Wir müssen Eltern und den Beschäftigten der Einrichtungen offen erklären, nach welchen Gesichtspunkten Maßnahmen vorgenommen werden. Hierzu ist der Vorschlag der Verwaltung mit der Auflistung der durchzuführenden Maßnahmen ein nützliches Instrument.

Ausbau des ÖPNV

Beim Thema ÖPNV sehen wir zwei Betrachtungsfelder: Es fällt auf, dass die Stadtbusse häufig nahezu leer unterwegs sind, für eine belastbare Analyse ist die bisherige Laufzeit des aktuellen Fahrplanes aber noch zu kurz, wir sollten dem System mehr Zeit zur Etablierung geben.

Die Anbindung der Ortschaften an die Stadt durch den ÖPNV wurde 2024 auf den Linien 19 und 192 verbessert, insbesondere an Wochenenden und abends. In der Fläche abseits der Hauptachsen gibt es aber keine Angebote. Auf Landkreisebene wurden die on-Demand-Verkehre aus Kostengründen auf nicht absehbare Zeit zurückgestellt. Ehrenamtlich organisierte Bürgerbusse wären eine Alternative, aber gibt es dafür tatsächlich Bedarfe?

Herausforderung Klimawandel

Jetzt bin ich fast am Ende der HH-Rede, über die größte Herausforderung unserer Zeit, den Klimawandel, habe ich noch gar nicht gesprochen. Auch im vergangenen Jahr sind global gesehen die CO₂-Emissionen weiter gestiegen und auch 2024 war wieder das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen, dabei hatten wir in Wangen mit ca. 1700 mm Niederschlag ein sehr nasses Jahr. Besonders gut in Erinnerung sind uns die Starkniederschläge in der Zeit vom 30. Mai bis zum 2. Juni. Während sich die Hochwasserschutzmaßnahmen in Wangen im Bereich der Argen bewährt haben, kam es in Neuravensburg im Bereich des Schwarzenbachs zu größeren Schäden.

Tun wir auf der lokalen Ebene wirklich genug im Kampf gegen den Klimawandel oder laufen wir wie gewohnt weiter im Hamsterrad mit dem Streben nach Wachstum? Dabei wissen wir doch längst, dass unbegrenztes Wachstum in einer Welt mit begrenzten Ressourcen nicht möglich ist. Es geht um nichts weniger als die Zukunft unserer Kinder, Enkel und Urenkel. Lasst uns in diesem Sinne und im Bewusstsein in einer schönsten, sichersten und wirtschaftlich stabilsten Region dieses Landes leben zu dürfen, gemeinsam mit der Verwaltung die anstehenden Herausforderungen in der Stadt und in den Ortschaften angehen.

Die Fraktion der Freien Wähler stimmt dem Haushaltsplan 2025 der Stadt Wangen mit den modifizierten und ergänzten Beschlussvorschlägen zu.

Wir bedanken uns bei Ihnen Herr Oberbürgermeister Lang sowie bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, im Besonderen dem gesamten Team der Kämmerei.

Bei allen Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat bedanke ich mich herzlich für das konstruktive Miteinander. Ein herzliches Dankeschön gilt meinen Fraktionskollegen/in für die gemeinsame Arbeit im Gremium.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Dr. Hermann Schad für die Fraktion der Freien Wähler Wangen im Allgäu e.V.